

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher  
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.721.107

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)16505/J-NR/2023

Wien, am 5. Dezember 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper und weitere haben am 05.10.2023 unter der **Nr. 16505/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Serienanfrage zu Wo bleiben echte Reformen nach dem U-Ausschuss zu Korruption?** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 12**

- *Welche Veränderungen führten Sie bereits aufgrund welcher Erkenntnisse des "ÖVP-Korruptions"-U-Ausschusses in Ihrem Ressort jeweils wann durch welche Maßnahmen durch?*
- *Welche Reformvorhaben planen Sie künftig aufgrund welcher Erkenntnisse des "ÖVP-Korruptions"-U-Ausschusses wann durch welche Maßnahmen auf den Weg zu bringen (bitte inklusive Zeitplan der Umsetzung)?*
- *Welche Maßnahmen wurden getroffen, um Doppelfunktionen (Kabinett und Verwaltung) mittlerweile einzuschränken, so wie es der Rechnungshof seit über 20 Jahren fordert?*
  - *Wann jeweils?*
  - *Wie viele Doppelfunktionen wurden aufgrund Nichterfüllen jeweils welches Kriteriums angedacht, aber letztendlich doch nicht vorgenommen?*

- *Haben Sie Doppelfunktionen (Kabinett und Verwaltung) mittlerweile in Ihrem Kabinett eingeschränkt?*
  - *Wenn ja, inwiefern wann?*
  - *Wenn ja, wann wurden welche konkreten Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*
  - *Wenn nein, wann ist geplant, diese Maßnahmen wodurch umzusetzen?*
  - *Wenn nein, welche Doppelfunktionen bestanden zum Zeitpunkt der Anfrage?*
    - *Welche mit Einzelfallprüfung mit welchem Ergebnis?*
    - *Welche ohne?*
  - *Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich bis zum Ende der Legislaturperiode gesetzt werden?*
  - *Wenn nein, welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden wann zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium gesetzt?*
    - *Mit welchem Ergebnis?*
- *Welche Maßnahmen setzen Sie in Ihrem Ressort, um interimistischen Besetzungen, die willkürliche Postenbesetzungen ermöglichen können, ein Ende zu setzen?*
  - *Gibt es Pläne, eine zeitliche Obergrenze für interimistische Besetzung gesetzlich zu verankern?*
    - *Wenn ja, welche Maßnahmen sollen bis zum Ende der Legislaturperiode gesetzt werden?*
    - *Wenn nein, warum nicht, wenn die Regelungen des AusG evidenterweise gebrochen werden?*
  - *Welche Maßnahmen sollen bis zum Ende der Legislaturperiode gesetzt werden, um auch bei interimistischen Postenbesetzungen eine objektive Postenvergabe zu gewährleisten?*
  - *Welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium gesetzt?*
    - *Mit welchem Ergebnis?*
- *Welche Maßnahmen treffen Sie in Ihrem Ressort, um die Dauer von interimistischen Besetzungen zu vermindern?*
  - *Welche Maßnahmen sollen in diesem Bereich bis zum Ende der Legislaturperiode noch gesetzt werden?*
  - *Wie viele interimistische Besetzungen bestanden zum Zeitpunkt der Anfrage auf den Leitungs- und Abteilungsebenen Ihres Ressorts?*
    - *Für wie lange jeweils?*

- *Welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden wann zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium gesetzt?*
  - *Mit welchem Ergebnis?*
- *Gibt es für interimistische Besetzungen Ausschreibungsverfahren oder Interessent:innensuche?*
  - *Wenn nein, in wie vielen Fällen nicht und warum nicht?*
- *Haben Sie in Ihrem Ministerium eingeführt, dass Geschäftseinteilungsänderungen, die zu Neuausschreibungen führen, nur umgesetzt werden dürfen, wenn es eine öffentliche Begründung samt Darstellung der Auswirkungen gibt?*
  - *Wenn ja, wann wurde welche konkrete Maßnahme dafür gesetzt?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*
  - *Wenn nein, wann ist geplant, diese Maßnahmen wodurch umzusetzen?*
  - *Wenn nein, welche Geschäftseinteilungsänderungen, die zu Neuausschreibungen führten, wurden zum Zeitpunkt der Anfrage umgesetzt, ohne dass eine öffentliche Begründung samt Darstellung der Auswirkungen gegeben wurde?*
  - *Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich bis zum Ende der Legislaturperiode gesetzt werden?*
  - *Wenn nein, welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden wann zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium gesetzt?*
    - *Mit welchem Ergebnis?*
- *Wurden Cooling-off-Phasen, so wie im GRECO-Bericht gefordert, mittlerweile in Ihrem Ressort umgesetzt?*
  - *Wenn ja, wann wurden welche konkreten Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*
  - *Wenn nein, wann ist geplant, diese Maßnahmen wodurch umzusetzen?*
  - *Wenn nein, in wie vielen Fällen wurde eine Cooling-off-Phase von sechs Monaten in dieser Legislaturperiode bis zum Zeitpunkt der Anfrage nicht eingehalten?*
    - *In wie vielen Fällen wurde eine Cooling-off-Phase von zwei Jahren in dieser Legislaturperiode bis zum Zeitpunkt der Anfrage nicht eingehalten?*
  - *Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich im Jahr 2023 wann gesetzt werden?*
  - *Wenn nein, welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium gesetzt?*

- *Mit welchem Ergebnis?*
  - *Welche Organisationseinheiten (Abteilungen) anderer Bundesministerien waren bzw. sind bei der Erarbeitung inwiefern wann involviert?*
- *Wurden absolute Höchstgrenzen für Regierungsinserate in Ihrem Ressort eingeführt?*
  - *Wenn ja, wann wurden welche konkreten Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*
  - *Wenn nein, wann ist geplant, diese Maßnahmen wodurch umzusetzen?*
  - *Wenn nein, wie hoch waren die Ausgaben Ihres Ministeriums für Regierungsinserate in dieser Legislaturperiode bis zum Zeitpunkt der Anfrage?*
  - *Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich im Jahr 2023 wann gesetzt werden?*
  - *Wenn nein, welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium gesetzt?*
    - *Mit welchem Ergebnis?*
    - *Welche Organisationseinheiten (Abteilungen) anderer Bundesministerien waren bzw. sind bei der Erarbeitung inwiefern wann involviert?*
- *Wurden objektive Kriterien für das Schalten von Regierungsinserate in Ihrem Ressort eingeführt?*
  - *Wenn ja, wann wurden welche konkreten Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*
  - *Wenn nein, wann ist geplant, diese Maßnahmen wodurch umzusetzen?*
  - *Wenn nein, nach welchen anderen Kriterien wurden Regierungsinserate bis zum Zeitpunkt der Anfrage geschaltet?*
  - *Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich im Jahr 2023 wann gesetzt werden?*
  - *Wenn nein, welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium gesetzt?*
    - *Mit welchem Ergebnis?*
    - *Welche Organisationseinheiten (Abteilungen) anderer Bundesministerien waren bzw. sind bei der Erarbeitung inwiefern wann involviert?*
- *Haben Sie bzw. Ihr Ressort Maßnahmen gesetzt, um faire und transparente Vergabeverfahren zu garantieren?*
  - *Wenn ja, wann wurden welche konkreten Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*

- *Wenn nein, wann ist geplant, hierfür Maßnahmen zu setzen?*
- *Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich in dieser Legislaturperiode noch gesetzt werden?*
  - *Wann jeweils?*
- *Wenn nein, welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium gesetzt?*
  - *Mit welchem Ergebnis?*
- *Welche Organisationseinheiten (Abteilungen) anderer Bundesministerien waren bzw. sind bei der Erarbeitung inwiefern wann involviert?*
- *Haben Sie bzw. Ihr Ressort Maßnahmen gesetzt, um eine umfassende Transparenz im Förderwesen zu garantieren, insbesondere, um Umgehungskonstruktionen zum Vergaberecht hintanzuhalten?*
  - *Wenn ja, wann wurden welche konkreten Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*
  - *Wenn nein, wann ist geplant, hierfür Maßnahmen zu setzen?*
  - *Wenn nein, wie oft gab es in dieser Legislaturperiode bis zum Zeitpunkt der Anfrage Förderungen, Beteiligungen oder sonstige Finanzierungen abseits des Vergaberecht?*
    - *In welcher Höhe jeweils?*
    - *Nach welchen Kriterien?*
  - *Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich in dieser Legislaturperiode noch gesetzt werden?*
    - *Wann jeweils?*
  - *Wenn nein, welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium gesetzt?*
    - *Mit welchem Ergebnis?*
  - *Welche Organisationseinheiten (Abteilungen) anderer Bundesministerien waren bzw. sind bei der Erarbeitung inwiefern wann involviert?*

Einleitend ist festzuhalten, dass die Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss laufend in die Arbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) einfließen. Im Detail kann für den Zuständigkeitsbereich des BMAW Folgendes festgehalten werden:

Die geltenden Bestimmungen des Dienst- und Besoldungsrechts sowie des Ausschreibungsgesetzes werden selbstverständlich eingehalten und rechtskonform vollzogen. Eine allfällige Änderung der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des BMAW.

Sämtliche Geschäftseinteilungsänderungen werden auf Basis der hierfür vorgesehenen gesetzlichen Grundlagen unter Einbindung der Personalvertretung vorbereitet und umgesetzt. Die Geschäfts- und Personaleinteilung ist auch auf der Homepage des BMAW abrufbar.

Betreffend Doppelverwendungen ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 16120/J sowie auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 13773/J durch den Herrn Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport und Nr. 13775/J durch den Herrn Bundeskanzler zu verweisen.

Hinsichtlich der interimistischen Besetzung von Leitungsfunktionen ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 13773/J durch den Herrn Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport zu verweisen und für den Bereich des BMAW festzuhalten, dass zum Anfragestichtag lediglich die Leitung der Sektion I - Präsidium seit 17. Juli 2023 geschäftsführend besetzt sind.

Was die Empfehlung von GRECO betreffend Cooling-Off-Phasen betrifft, ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage 13773/J durch den Herrn Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport zu verweisen. Es sind keine Umstände bekannt, wonach eine Cooling-Off-Phase nicht eingehalten wurde.

Die Höchstgrenzen für Inserate und Schaltungen werden auf Grundlage des Budgets 2024 durch die internen Festlegungen im Arbeits- und Budgetprogramm des Ressorts vorgegeben. Die Auswahl der Medien für Medienkooperationen, Inserate und Schaltungen erfolgt im Sinne einer optimierten Treffsicherheit für die intendierte Zielgruppe unter Berücksichtigung der Reichweite und Auflage der jeweiligen klassischen und digitalen Medien, stets unter strikter Einhaltung der Kriterien von § 3a Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz. Die Vergabe erfolgt auch aufgrund themenspezifischer Kriterien zur Zielerreichung. Die Verhandlung von Angeboten zur Optimierung des Mitteleinsatzes ist ebenso wie die Evaluierung der Wirksamkeit nach geeigneten Faktoren geübte Praxis. Zu den Ausgaben für Informationsarbeit des BMAW ist auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 3546/J, 3556/J, 4777/J, 4780/J, 4804/J, 4807/J, 4816/J, 4824/J, 8183/J, 8186/J, 9124/J, 9128/J, 13316/J, 14775/J, 15503/J und 16475/J zu verweisen.

Für die Legistik im Bereich des Vergaberechts ist auf die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Justiz und die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 13776/J durch die Frau Bundesministerin für Justiz zu verweisen. Im BMAW werden sämtliche Vergaben strikt im Sinne des Transparenzgebots sowie des Gleichbehandlungsgebots nach den ge-

setzlichen Vorgaben durchgeführt. Interne Vergabeinstruktionen, die per Rundschreiben regelmäßig aktualisiert und kundgemacht werden, bestimmen genauer, wie die Vergaben den fachlich zuständigen Organisationseinheiten abzuwickeln sind. Die aktuellen internen Vergabeinstruktionen basieren auf den Empfehlungen des Rechnungshofs.

Auch zur gesetzmäßigen und transparenten Abwicklung von Förderungen bestehen im BMAW interne Vorschriften, die in einem entsprechenden Handbuch zusammengefasst sind. Darin werden die Rechtsgrundlagen des Förderungswesens erläutert, die Ablauforganisation zur Abwicklung von Förderungsfällen im Ressort beschrieben und Beispiele für Good Practices gegeben. Ein Kapitel des Förderhandbuchs widmet sich explizit der Abgrenzung zwischen Förderungen und Werkverträgen.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt